

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 12.09.2024

München wird Umbaustadt 4 - GebäudeRettungsProgramm

Antrag

Die Stadt München setzt sich dafür ein, dass im Stadtgebiet noch mehr Beispiele für einen Bestandserhalt umgesetzt werden und hierfür insbesondere auch besonders prominente und prägende Gebäude in ihrer Substanz erhalten und nicht vollständig abgerissen, sondern umgebaut und erweitert werden.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert

- bereits durchgeführte oder laufende städtische Projekte unter diesem Fokus in der Öffentlichkeit noch bekannter zu machen,
- Prozesse zur bestmöglichen Lösung zum Erhalt oder Teilerhalt für diese Gebäude im Austausch mit den Bauherr*innen fachlich zu unterstützen,
- einen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit zu setzen im Zusammenspiel mit den Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft wie z.B. „Abbrechen. Abbrechen“ oder „OrangeListe“, sowie den Verbänden und der Wissenschaft.

Begründung:

Noch schrecken viele Bauherr*innen in der Abwägung vor einem Bestandserhalt zurück und wählen doch die Variante eines Abbruchs und Neubaus. Vorbilder und gute Beispiele können hier Zeichen setzen.

Gebäude im Eigentum der Landeshauptstadt München wie z.B. das Flexiheim in der Wotanstraße (bereits umgesetzt), die Jutier- und Tonnenhalle in der Dachauer Straße (derzeit im Umbau) oder auch das ehemalige Gesundheitshaus ebenfalls in der Dachauer Straße, dessen Erhalt gerade nochmals alternativ geprüft wird,

können als Vorzeigeprojekte diese Vorbildfunktion übernehmen und somit auch private Akteur*innen dazu motivieren, vermehrt auf Sanierung anstelle von Umbau zu setzen.

Auch erfolgreiche Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden des Freistaates Bayern (z.B. Gebäude des Bayerischen Rundfunks, Strafjustizzentrum) sowie privater Bauherr*innen (z.B. Arbellahochhaus) schaffen entsprechende Anreize.

Bei der Umsetzung können motivierende Impulse über die zwei neuen Förderbausteine zum Kreislauffähigen Bauen (Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude) erfolgen sowie Unterstützung im Rahmen der Bauleitplanung oder im Baugenehmigungsverfahren geleistet werden.

Berufsverbände und Kammern sowie Hochschulen sollen ergänzend einbezogen werden, um gemeinsam beispielhafte Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Initiativen aus der Zivilgesellschaft sollen bei Ihren Aktionen, wie z.B. dem Wettbewerb zum Strafjustizzentrum, der mit Zuschüssen der Bezirksausschüsse durchgeführt wurde, noch besser unterstützt werden.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Anna Hanusch

Paul Bickelbacher

Angelika Pilz-Strasser

Christian Smolka

Sibylle Stöhr

Florian Schönemann

Sebastian Weisenburger

Mona Fuchs

Mitglieder des Stadtrates